

Markus Marterbauer

Neuerliche Wachstumsverlangsamung

Prognose für 2005 und 2006

Das Wirtschaftswachstum wird sich heuer auf nur 1,8% abschwächen, für das kommende Jahr zeichnet sich keine Erholung ab; die Konjunkturprognose für 2006 ist gegenwärtig allerdings besonders unsicher. Derzeit lassen die Impulse vom Export nach, Konsum und Investitionen beleben sich nicht. Die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes hat trotz des merklichen Beschäftigungswachstums einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge. Ein Konjunkturrisiko besteht im hohen Erdölpreis – er bewirkt zusammen mit hausgemachten Faktoren heuer eine relativ hohe Inflationsrate (2,5%). Die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar wird die europäische Exportindustrie begünstigen.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 29. Juni 2005. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Das WIFO hat in seiner Frühjahrsprognose auf die erhöhten Konjunkturrisiken hingewiesen; nun mehren sich die Anzeichen, dass diese schlagend werden: Im Euro-Raum lassen die positiven Wachstumsimpulse aus dem Export nach, die Binnen-nachfrage bleibt aufgrund der hohen Verunsicherung von Konsumenten und Investoren schwach. Die Prognose unterstellt eine Zinssenkung der EZB. Die Wirtschaftspolitik zeigt sich im Euro-Raum insgesamt allerdings nicht in der Lage, den Problemen unzureichender Inlandsnachfrage und eines niedrigen Wachstumspfadens wirkungsvoll zu begegnen. Die Wirtschaft des Euro-Raums wächst deshalb heuer real um nur 1½%. Sie befindet sich im fünften Jahr einer Wachstumsschwäche, die lediglich von kurzen exportgetriebenen Erholungsphasen unterbrochen wurde. Die Veränderungen der Rahmenbedingungen der letzten drei Monate – Anstieg der Rohölpreise und Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar – dürften die Wirtschaft im Euro-Raum und in Österreich mittelfristig per Saldo leicht begünstigen.

Österreich weist ein ähnliches Konjunkturmuster auf wie der Euro-Raum. Das BIP lag im I. Quartal 2005 real um 2% über dem Vorjahresniveau, aber um nur 0,2% über dem Vorquartal. Export und Industrieproduktion, die im Vorjahr die Expansion getragen hatten, verlieren an Dynamik. Der Anstieg der Warenausfuhr dürfte sich heuer verringern (real +4,2%), weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bei wichtigen Handelspartnern wie Italien und Deutschland zur Schwäche neigt. Österreichs Exporteure verlieren in den neuen EU-Ländern seit einigen Jahren von hohem Niveau aus Marktanteile, sollten mittelfristig aufgrund ihrer hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit aber weiter Marktanteile gewinnen.

Gebremst vom Nachlassen der Auslandsnachfrage stagnierte die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung im I. Quartal 2005 saisonbereinigt. Der WIFO-Konjunkturtest lässt keine weitere Dämpfung erwarten, weist derzeit aber auch nicht auf eine rasche Erholung der Industriekonjunktur hin. Im Jahresdurchschnitt 2005 wird eine Ausweitung der Produktion um real 3% erwartet; damit wird die Sachgütererzeugung auch heuer einen wesentlichen Beitrag zum BIP-Wachstum leisten. Eine Verschlechterung der Export- und Industriekonjunktur veranlasst die Unternehmen zur Zurückhaltung in der Investitionstätigkeit. Viele Projekte wurden zudem aus steuerlichen Gründen in das Jahr 2004 vorgezogen. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen deshalb heuer um nur 1½%.

Günstiger entwickelt sich die Baukonjunktur. Sie profitiert von einer neuerlichen Ausweitung der Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, vor allem für den Straßenbau. Zudem kündigt sich eine Erholung von Wohnungsneubau und Renovierungsbau an. Die Wertschöpfung wird in der Bauwirtschaft heuer und 2006 real um 2% zunehmen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9
Nominell		+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,8
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 5,1	+ 3,0	+ 3,4
Handel, real		+ 2,4	+ 2,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8
Private Konsumausgaben, real		+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen, real		- 2,1	- 3,4	+ 6,2	+ 3,6	+ 1,8	+ 2,7
Ausrüstungen ²⁾		+ 1,6	- 6,5	+ 5,1	+ 7,0	+ 1,5	+ 3,5
Bauten		- 5,0	- 0,8	+ 7,0	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,0
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 6,3	+ 4,3	+ 2,5	+13,1	+ 4,2	+ 5,5
Nominell		+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+13,9	+ 5,6	+ 6,0
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 5,5	+ 0,3	+ 6,8	+10,4	+ 2,6	+ 5,0
Nominell		+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+12,5	+ 4,7	+ 5,7
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 4,13	+ 0,75	- 1,17	+ 0,75	+ 1,57	+ 1,42
	in % des BIP	- 1,9	+ 0,3	- 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	5,1	5,0	4,2	4,2	3,3	3,5
Verbraucherpreise		+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,9
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		3,6	4,2	4,3	4,5	4,6	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,1	6,9	7,0	7,1	7,2	7,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,2	- 1,9	- 1,9

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – 1) Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – 2) Einschließlich sonstiger Anlagen. – 3) Laut Statistik Austria. – 4) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – 5) Labour Force Survey. – 6) Laut Arbeitsmarktservice. – 7) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Die merkliche Verteuerung von Rohöl auf den Weltmärkten und einige hausgemachte Faktoren wie der Anstieg des Wohnungsaufwands und die Anhebung der Tabaksteuer treiben die Inflationsrate nach oben; sie wird heuer 2,5% erreichen. Damit wurden bislang die positiven Effekte der Steuerreform auf das verfügbare Realeinkommen kompensiert. Im 2. Halbjahr könnten sie etwas stärker zum Tragen kommen. Ob angesichts der Ausweitung der verfügbaren Einkommen der Konsum oder das Sparen gesteigert wird, hängt von der Konsumentenstimmung ab. Im Jahresdurchschnitt könnten die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer heuer um 0,7% wachsen; sie verringerten sich allerdings seit 1995 um fast 3%. Das WIFO erwartet für das Jahr 2005 einen Anstieg der realen Konsumausgaben um 1,5%. Gleichzeitig wird sich die Sparquote leicht von 8,9% auf 9,3% der verfügbaren Einkommen erhöhen. Unter der Bedingung einer Beruhigung der Erdölpreise könnte die Inflationsrate 2006 auf 1,9% sinken. Gleichzeitig schwächen sich die Effekte der Steuerreform ab, sodass sich das Wachstum der Konsumausgaben nur leicht auf 1,4% beschleunigen dürfte.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird seit mehreren Jahren von der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes bestimmt. Es wird 2006 um 150.000 Personen größer sein als im Jahr 2000. Zu einem Zustrom aus den neuen EU-Ländern und – seit die "Hartz-IV"-Reformen wirksam werden – auch aus Deutschland kommen die Effekte von umfangreichen Einbürgerungen und der Anhebung des Frühpensionsalters. Die Zahl der aktiv Beschäftigten wächst in Relation zum schwachen Wirtschaftswachstum kräftig. Sie wird 2006 um gut 90.000 höher sein als im Jahr 2000. Heuer steigt nicht nur die Zahl der Teilzeitarbeitsstellen, die überwiegend durch Frauen besetzt werden, sondern auch jene der Vollzeitarbeitsplätze, die vor allem Männern zugute kommen. Neue Arbeitsplätze entstehen im Sozialwesen, in der Datenverarbeitung, bei Arbeitsverleihern und im Handel. Die Beschäftigungsquote wird 63% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter laut österreichischer Definition und gut 68% laut

Eurostat betragen. Der Beschäftigungsanstieg reicht aber nicht aus, um das erhöhte Arbeitskräfteangebot aufzunehmen. Deshalb wächst die Zahl der Arbeitslosen. Sie hat sich seit dem Jahr 2000 um 50.000 erhöht und wird 2005 und 2006 kumuliert weiter um 11.000 auf 255.000 steigen. Die Arbeitslosenquote erreicht 7,3% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,6% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Hohe Unternehmensgewinne lassen das Steueraufkommen heuer etwas rascher wachsen als angenommen. Das Budgetdefizit wird aufgrund der Belastungen durch die Konjunkturschwäche auch im kommenden Jahr bei 1,9% des BIP verharren.

Hintergrund der Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung sind derzeit sehr unterschiedliche Signale der Konjunkturindikatoren und eine erhebliche Datenunsicherheit. Die Prognoserisiken liegen heuer eher in einer ungünstigeren Entwicklung als hier angenommen, der Ausblick auf das Jahr 2006 ist besonders vage. Die Prognose unterstellt, dass sich das Wachstum bei knapp 2% stabilisiert. Die Steuerreform 2005 und das "Wachstumspaket" von Anfang Mai bringen positive Impulse mit sich und könnten dazu beitragen, dass die österreichische Wirtschaft heuer und im kommenden Jahr geringfügig rascher wächst als im Durchschnitt des Euro-Raums. Die Dynamik ist damit auch merklich höher als bei den zwei wichtigsten Handelspartnern Deutschland und Italien, allerdings weiterhin schwächer als in den skandinavischen Ländern.

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Phase überdurchschnittlichen Wachstums, allerdings kühlt sich das Tempo ab. Die Zunahme der Produktion wird sich von 5% (2004) auf etwa 4% (2005) abschwächen, jene des Welthandels von 9% auf 7½%. Die Expansion der Weltwirtschaft wird weiterhin von der robusten Konjunktur in China und den USA getragen. Die chinesische Wirtschaft wächst anhaltend mit einer Rate von fast 10%. Ihr Anteil an der Weltproduktion stieg bereits auf 13%, sie trägt damit etwa ein Viertel zum Weltwirtschaftswachstum bei. Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft beschleunigt die Steigerung der Warenausfuhr, die sich um etwa ein Viertel pro Jahr erhöht. Aufgrund der regen Binnennachfrage steigen die Importe etwa im gleichen Ausmaß. Dies bringt wichtige Impulse für die anderen asiatischen Volkswirtschaften mit sich. China weist weiterhin einen hohen Leistungsbilanzüberschuss auf.

Leichte Abkühlung der Weltkonjunktur

In den USA verlangsamt sich das rasche Wirtschaftswachstum etwas, in Asien bleibt die Expansion angetrieben von der starken Wirtschaft Chinas kräftig. Die Weltwirtschaft entwickelt sich nach wie vor günstig.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real							
OECD insgesamt	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,3	
USA	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,1	
Japan	+ 0,2	- 0,3	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,8	
EU 25	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,8	
EU 15	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,7	
Euro-Raum	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,7	
Deutschland	+ 1,2	+ 0,2	± 0,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,3	
Neue EU-Länder ¹⁾	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,5	
China	+ 7,5	+ 8,3	+ 9,3	+ 9,5	+ 9,3	+ 9,0	
Welthandel, real	+ 0,1	+ 3,5	+ 4,7	+ 9,1	+ 7,2	+ 7,5	
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+ 2,3	+ 1,8	+ 5,1	+ 8,4	+ 4,5	+ 4,8	
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾							
Insgesamt	- 8	- 5	- 4	+ 18	+ 23	+ 2	
Ohne Rohöl	- 3	- 6	- 6	+ 18	+ 8	+ 8	
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	23,6	24,1	28,4	37,8	50,0	47,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,896	0,945	1,131	1,243	1,25	1,18

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Euro-Basis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

In den USA ist die Binnennachfrage die wichtigste Triebkraft der Konjunktur. Der Konsum der privaten Haushalte und die Wohnbauinvestitionen werden vor allem vom starken Anstieg der Immobilienpreise begünstigt. Derzeit zeichnet sich keine Abschwächung ab, allerdings bildet ein mögliches Platzen der spekulativen Blase auf den wichtigsten Immobilienmärkten ein Konjunkturrisiko. Die Ausrüstungsinvestitionen

der Unternehmen entwickeln sich seit Anfang 2003 kräftig. Das Wachstum der Importe bestätigt die anhaltende Stärke der Nachfrageexpansion. Für 2005 und 2006 rechnet das WIFO mit einer leichten Verlangsamung des Wachstums. Darauf weisen verschiedene Indikatoren hin: Der Purchasing Manager Index des ISM für die Industrie kündigt ein Nachlassen der Produktionsausweitung an. Die Anhebung der Federal Funds Rate auf 3% hatte bislang keine Auswirkungen auf das langfristige Zinsniveau, das von einer anhaltend regen Nachfrage nach risikoarmen Wertpapieren aus dem In- und Ausland gedrückt wird. Weitere Erhöhungen der kurzfristigen Zinssätze könnten eine inverse Zinsstruktur entstehen lassen; in der Vergangenheit löste eine solche Situation mehrmals eine Dämpfung der Investitionen aus. Dennoch dürfte das Wirtschaftswachstum in den USA heuer und 2006 real über 3% betragen.

Hausse auf Rohstoffmärkten

Aufgrund der starken internationalen Nachfrage stiegen die Rohstoffpreise markant, sie lagen im Jahr 2004 laut HWWA-Index auf Dollarbasis durchschnittlich um 30% über dem Niveau von 2003. Der Preisauftrieb hält heuer an (Mai +20% gegenüber dem Vorjahr). Die Erdölpreise haben sich seit Ende 2001 fast verdreifacht, aber auch Industrierohstoffe und Nahrungsmittel wurden deutlich teurer. Die Terms-of-Trade verschoben sich damit beträchtlich zugunsten der rohstoffproduzierenden Länder. Dies dämpft das Wirtschaftswachstum in den rohstoffverbrauchenden Industrieländern.

Merkliche Konjunkturdämpfung im Euro-Raum

Die Wachstumsschwäche geht im Euro-Raum in ihr fünftes Jahr. Aufgrund der ungünstigen Stimmung bei Verbrauchern und Investoren übertrug sich die gute Exportkonjunktur des Jahres 2004 nicht auf die Inlandsnachfrage. Das Wirtschaftswachstum schwächt sich 2005 neuerlich auf etwa 1½% ab.

Im Sommer 2004 setzte im Euro-Raum eine Eintrübung der Konjunktur ein. Sie verstärkte sich in den letzten Monaten. Nach vorläufigen Berechnungen von Eurostat wiesen im I. Quartal 2005 Italien, Finnland und die Niederlande einen Rückgang des BIP gegenüber dem Vorquartal aus, in Belgien, Frankreich, Dänemark und Österreich stagnierte das BIP nahezu. Hingegen ergab sich für Deutschland ein Wachstum von 1%, das allerdings aufgrund der Art der Arbeitstagsbereinigung überzeichnet sein dürfte. Im Durchschnitt des Euro-Raums wuchs das BIP saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal real um 0,5% und gegenüber dem Vorjahr um 1,3%. Die Frühindikatoren lassen für das II. Quartal eine weitere Abschwächung erwarten.

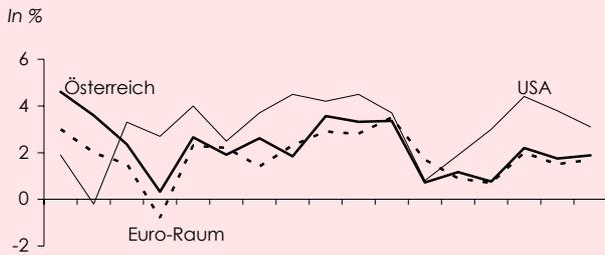
Die positiven Impulse vom Außenhandel, die das Wirtschaftswachstum 2004 getragen hatten, ließen merklich nach. Die Industrieproduktion stagnierte in saisonbereinigter Rechnung in den ersten vier Monaten des Jahres 2005, das Industrievertrauen brach seit Ende 2004 auf breiter Basis ein und lag laut Umfrage der Europäischen Kommission im Euro-Raum im Mai bereits unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Kapazitätsauslastung verringerte sich von 82% im IV. Quartal 2004 auf 81% im II. Quartal 2005. Dies lässt auf eine Fortsetzung der Investitionsschwäche schließen. Auch die Konsumenten zeigen sich wenig zuversichtlich: Das Verbrauchervertrauen stagniert seit Ende 2004, gedämpft durch die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Abschwächung der verfügbaren Realeinkommen und die negativen Effekte von Arbeitsmarkt- und Sozialreformen.

Die Wirtschaft ist im Euro-Raum von einer weitreichenden Unsicherheit der Investoren und Konsumenten gekennzeichnet. Sie wird durch viele Reformen in den Sozialsystemen verstärkt, sofern sie ohne schlüssiges Gesamtkonzept und ausreichende makroökonomische Absicherung erfolgen. Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der EU- und der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik ist gering. Heuer wird das Wirtschaftswachstum nur etwa 1½% erreichen. Damit hält die Periode ungünstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung – unterbrochen von kurzen Schüben einer exportgetriebenen Belebung, die sich jedoch nicht auf die Inlandsnachfrage übertragen – bereits fünf Jahre an. Die Frühindikatoren lassen für die nächsten Quartale keine Erholung erkennen. Einzig die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar bringt für die Exportindustrie eine Entlastung, sie bedeutet andererseits aber eine importpreisbedingte Dämpfung der verfügbaren Einkommen.

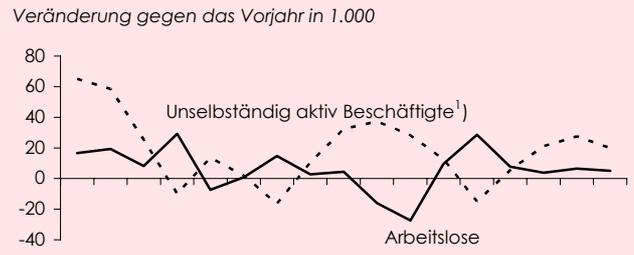
Das WIFO unterstellt aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums und der anhaltenden Preisstabilität im Euro-Raum eine Zinssenkung der EZB im Prognosezeitraum um ½ Prozentpunkt. Darüber hinaus lässt die Wirtschaftspolitik der EU keine Ansätze zu einer Stimulierung der Nachfrage erkennen. Deshalb fehlen derzeit Hinweise auf eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2006.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

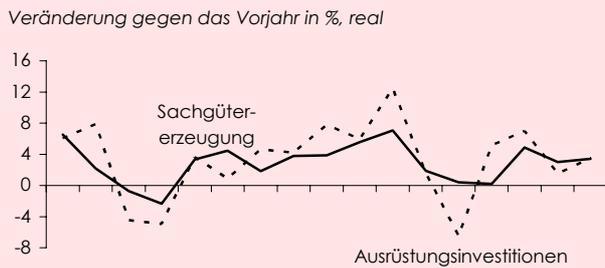
Wirtschaftswachstum



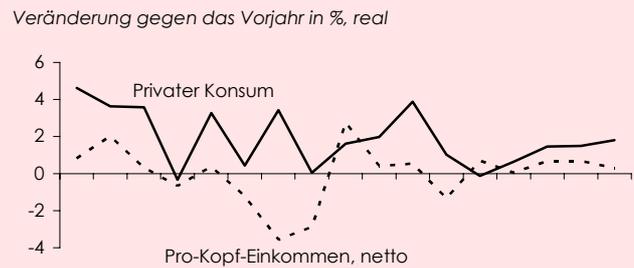
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



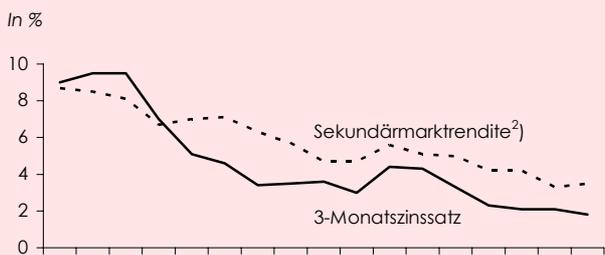
Produktion und Investitionen



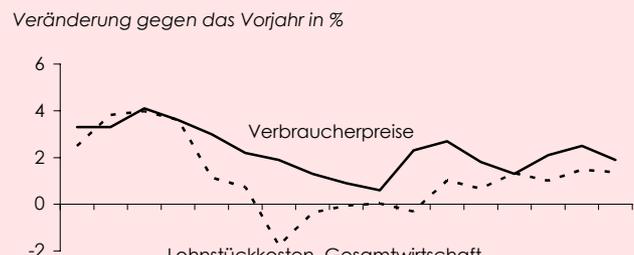
Konsum und Einkommen



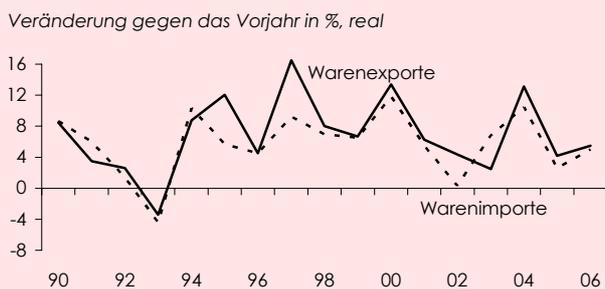
Kurz- und langfristige Zinssätze



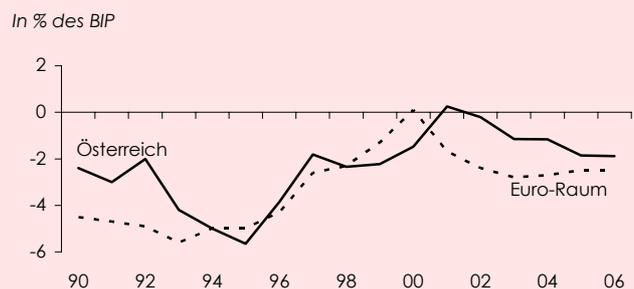
Preise und Lohnstückkosten



Außenhandel (lt. Statistik Austria)



Finanzierungssaldo des Staates



Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

In jenen drei Ländern der EU 15, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, war die Konjunktur in den letzten Jahren günstiger, vor allem aufgrund einer relativ starken Expansion der Binnennachfrage. Das Vertrauen von Konsumenten und Investoren in Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik erwies sich als deutlich robuster, und steigende Immobilienpreise begünstigten das Wachstum von Konsum und Bauinvestitionen. Allerdings setzte in Großbritannien ein Rückgang der Hauspreise ein, der die Wirtschaftsentwicklung in den nächsten Jahren merklich bremsen könnte.

Binnennachfrage in EU-Ländern außerhalb der Währungsunion kräftig

Die neuen EU-Länder weisen einen deutlichen Wachstumsvorsprung gegenüber der EU 15 auf, der Aufholprozess hat an Dynamik gewonnen; das Wirtschaftswachstum dürfte im Durchschnitt der zehn Länder 2005 und 2006 real bei etwa 4½% liegen. In den meisten ostmitteleuropäischen Ländern wird die Konjunktur von der Inlandsnachfrage getragen. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen bleibt stark. Dies mag auch mit positiven Vertrauenseffekten des EU-Beitritts zusammenhängen, der zudem einen Wachstumsimpuls für Infrastrukturinvestitionen und Landwirtschaft mit sich gebracht hat. Tschechien, Ungarn und Polen weisen hohe und steigende Leistungsbilanzdefizite auf, die in den kommenden Jahren zu restriktiven Politikmaßnahmen und einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums zwingen könnten.

Erhöhte Konjunkturrisiken

Nach einem sehr schwachen I. Quartal 2005 sind die Risiken für die österreichische Konjunktur erheblich. Die wichtigen Konjunkturindikatoren tendieren uneinheitlich. Die Prognose für das Wirtschaftswachstum von 1¼% im Jahr 2005 basiert auf der Annahme einer vorsichtigen Belebung im 2. Halbjahr.

Die heimische Konjunktur zeigte nach einem günstigen Sommerhalbjahr bereits im IV. Quartal 2004 eine deutliche Abschwächungstendenz. Diese setzte sich im I. Quartal 2005 fort. Das reale BIP stieg saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um nur noch 0,2% und gegenüber dem Vorjahr um 2%. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wird vor allem von einer ungünstigeren Entwicklung der Export- und Industriekonjunktur bestimmt, die im gesamten Euro-Raum zu beobachten ist. Im Gegensatz zu den Umfragen der Europäischen Kommission für den Euro-Raum löst der WIFO-Konjunkturtest für Österreich allerdings in den nächsten Quartalen keine weitere Eintrübung des Geschäftsklimas in der exportorientierten Sachgütererzeugung erwarten. Die Prognose unterstellt deshalb für das 2. Halbjahr eine Verbesserung der Industriekonjunktur. Dazu könnte auch die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar beitragen, die mit der üblichen Verzögerung die europäische Exportindustrie begünstigt.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	3,92	4,12	3,91	3,91	- 1,3	+ 5,1	- 5,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,25	42,30	43,57	45,05	+ 0,2	+ 5,1	+ 3,0	+ 3,4
Energie- und Wasserversorgung	5,22	5,12	5,22	5,33	+ 0,3	- 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	15,17	15,39	15,70	16,01	+ 5,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0
Handel ²⁾	26,27	26,59	26,99	27,47	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	8,35	8,47	8,60	8,75	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,30	14,40	14,69	14,98	+ 4,4	+ 0,7	+ 2,0	+ 2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	8,89	9,09	9,26	9,42	- 4,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	33,36	34,18	35,04	35,91	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,59	11,50	11,47	11,41	+ 0,3	- 0,8	- 0,3	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	25,85	25,98	26,17	26,35	- 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	193,02	197,17	200,63	204,60	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	216,00	220,74	224,61	228,83	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Auch die Inlandsnachfrage entwickelte sich zu Jahresbeginn enttäuschend. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stagnierte im I. Quartal saisonbereinigt. Durch niedrige Lohnabschlüsse und die hohe Inflationsrate wurde das Konsumwachstum bislang gedämpft. Die positiven Einkommenseffekte der Steuerreform dürften erst verzögert spürbar werden. Die anlässlich des Regierungsgipfels zu "Wachstum und Beschäftigung" vom 1. Mai präsentierten Maßnahmen werden zusätzliche Impulse für das Wirtschaftswachstum mit sich bringen. Unter diesen Bedingungen könnte die heimische Wirtschaft heuer etwas kräftiger expandieren als im Durchschnitt des Euro-Raums.

Die Unsicherheiten der Prognose liegen heuer eher in einer ungünstigeren als in einer besseren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Ein besonderes Risiko bilden die Rohölverteuerung auf den Weltmärkten, die zuletzt keine Tendenz zur Beruhigung zeigte, und die geringe Handlungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Schwäche der Inlandsnachfrage im Euro-Raum. In Österreich könnte sich die Annahme einer Verbesserung der Export- und Konsumnachfrage im Jahresverlauf als zu optimistisch erweisen. Die Aussichten für das Jahr 2006 sind gegenwärtig mit besonders großer Unsicherheit behaftet.

Das Wachstum der Warenausfuhr hat sich merklich abgeschwächt. Es hatte im Vorjahr nominell 14% betragen und verringerte sich in den ersten vier Monaten 2005 auf nur noch 3,6%. Darin zeigt sich eine markante Dämpfung der Nachfrage sowohl aus der EU 15 als auch aus den neuen EU-Ländern. Die Rezession in Italien, Österreichs zweitwichtigstem Handelspartner (Anteil an der gesamten Warenausfuhr 2004 8½%), bewirkt auch einen Rückgang der Nachfrage nach österreichischen Gütern. In den neuen EU-Ländern verlieren die österreichischen Exporteure seit einigen Jahren Marktanteile, allerdings von einem recht hohen Niveau (etwa 9%) aus. Hingegen verbesserte sich die Position Österreichs vor allem auf den Hoffnungsmärkten in Südosteuropa.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportbetriebe ist allgemein hoch. Ungeachtet der Aufwertung des Euro in den letzten Jahren sind die relativen Lohnstückkosten merklich gesunken. Im Prognosezeitraum wird angesichts verhaltener Gehaltsabschlüsse und des hohen Wachstums der Stundenproduktivität eine weitere Verbesserung der Lohnstückkostenposition erwartet.

Das WIFO nimmt an, dass der reale Warenexport trotz ungünstiger Entwicklung zu Jahresbeginn im Durchschnitt 2005 um gut 4% zunimmt. Das Wachstum der Warenimporte dürfte mit etwa 2½% deutlich zurückbleiben, vor allem wegen der zurückhaltenden Ausrüstungsinvestitionen (mit einem Importgehalt von fast zwei Dritteln) und des mäßigen Konsumwachstums.

Die Sachgütererzeugung ist der am stärksten konjunkturreaktive Bereich des produzierenden Sektors. Der arbeitstägig bereinigte Produktionsindex geht seit Spätherbst 2004 saisonbereinigt zurück. Laut vorläufiger Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung stagnierte die reale Wertschöpfung im I. Quartal in saisonbereinigter Rechnung. Darin spiegelt sich die Abschwächung der Exportnachfrage. War die heimische Industrie im vergangenen Jahr von ihrer stark auf die Produktion von Autobestandteilen und Pkw ausgerichteten Struktur begünstigt, so leidet sie heuer unter der Abschwächung der Ausfuhr in diesem Wirtschaftsbereich: Der Export von Pkw blieb im I. Quartal um 9% unter dem Niveau des Vorjahres, und auch der Produktionsindex für die Kfz-Industrie unterschritt im I. Quartal den Vorjahreswert, nachdem er im Jahr 2004 um 30% gestiegen war.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung weisen keine klare Tendenz auf. Die Beurteilung der Auftragslage verschlechterte sich von November 2004 bis ins Frühjahr 2005 merklich, stabilisierte sich aber jüngst. Deshalb erwartet das WIFO für das II. und III. Quartal keine weitere Abschwächung der Industriekonjunktur, allerdings fehlen auch Anzeichen für eine zügige Erholung. Unter diesen unsicheren Rahmenbedingungen wird heuer ein Anstieg der Wertschöpfung der Sachgütererzeugung um real 3% angenommen.

Die Produktionsausweitung bleibt zu schwach, um einen weiteren Verlust an Industriearbeitsplätzen zu verhindern, denn die Produktion je geleistete Arbeitsstunde steigt um gut 4% pro Jahr. Das starke Produktivitätswachstum bewirkt bei niedrigen Gehaltsabschlüssen einen kräftigen Rückgang der Arbeitskosten je erzeugte Einheit.

Abschwächung im Außenhandel

Der Außenhandel verlor im I. Quartal laut vorläufigen Angaben aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung bei wichtigen Handelspartnern markant an Dynamik. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure lässt Marktanteilsgewinne erwarten.

Industriekonjunktur stabilisiert sich nach starkem Wachstum

Der WIFO-Konjunkturtest gibt keine klare Tendenz für die Industrieproduktion wieder. Das Wachstum der Wertschöpfung dürfte sich in der Sachgütererzeugung gegenüber dem Vorjahr merklich abschwächen.

Übersicht 4: Produktivität

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8
Vollzeitäquivalent	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1
Vollzeitäquivalent	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,2
<i>Sachgütererzeugung</i>						
Produktion ²⁾	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 4,9	+ 3,0	+ 3,4
Beschäftigte ³⁾	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,6	- 0,9	- 0,8
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,6	+ 4,6	+ 4,4	+ 4,2
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,4	- 0,5	+ 0,3	+ 0,8	- 0,4	± 0,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005: bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Unklares Bild der Ausrüstungsinvestitionen

Nach dem kräftigen Wachstum im Vorjahr bleibt die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen heuer verhalten (+1,5%).

Laut vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im I. Quartal 2005 gegenüber dem Vorjahr real um nur 2½%, 2004 hatte das Wachstum 7% betragen. Die Abschwächung der Investitionstätigkeit zeigt sich auch in der Importstatistik, die für das I. Quartal einen Rückgang der Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen ausweist.

Zwei Gründe sind dafür maßgebend: Das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie Ende 2004 löste zum einen kräftige Vorzieheffekte aus, vor allem in der Anschaffung von Fahrzeugen; diese Nachfrage fehlte zu Jahresbeginn 2005. Zum anderen legt die Verunsicherung der Unternehmen über den weiteren Konjunkturverlauf ein Aufschieben von geplanten Investitionsprojekten nahe. Der WIFO-Investitionstest (der eher die Konjunkturdeterminanten der Investitionstätigkeit erfasst) zeigt derzeit kein klares Bild. Dies erschwert die Prognose. Das WIFO geht davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen heuer um etwa 1½% höher sein werden als im Vorjahr.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Zu Herstellungspreisen

	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Mrd. € (Referenzjahr 2000)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	160,04	162,22	164,19	166,44	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,4
Private Haushalte ¹⁾	121,34	123,11	124,96	127,21	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8
Staat	38,69	39,12	39,24	39,24	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,3	± 0,0
Bruttoinvestitionen	48,92	49,76	50,46	52,23	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 3,5
Bruttoanlageinvestitionen	48,05	49,77	50,65	52,01	+ 6,2	+ 3,6	+ 1,8	+ 2,7
Ausrüstungen ²⁾	21,29	22,78	23,12	23,93	+ 5,1	+ 7,0	+ 1,5	+ 3,5
Bauten	26,75	26,97	27,51	28,06	+ 7,0	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,0
Inländische Verwendung	210,26	211,80	214,47	218,45	+ 2,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,9
Exporte	107,50	117,04	121,31	126,90	+ 1,4	+ 8,9	+ 3,6	+ 4,6
Reiseverkehr	13,32	13,27	13,47	13,66	+ 1,1	- 0,4	+ 1,5	+ 1,4
Minus Importe	101,83	108,34	111,42	116,83	+ 4,8	+ 6,4	+ 2,8	+ 4,9
Reiseverkehr	8,40	8,19	8,31	8,43	+ 1,4	- 2,5	+ 1,4	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	216,00	220,74	224,61	228,83	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9
Nominell	226,14	235,44	244,58	253,78	+ 2,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,8

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen.

Günstige Baukonjunktur

Die Bauinvestitionen stabilisieren die Konjunktur. Sie dürften heuer und 2006 real um etwa 2% zunehmen. Die Unternehmen des Tiefbaus zeigen sich im WIFO-Konjunkturtest anhaltend optimistisch. Für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, besonders für den Straßenbau, wurden in den letzten Jahren deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

Nach Jahren des rückläufigen Wohnungsneubaus mehren sich nun die Anzeichen für eine Trendwende. Die Nachfrage nach Bausparkrediten wächst, der Anstieg der Mieten könnte auch eine Verknappung des Wohnungsangebotes widerspiegeln, und die Zahl der Vormerkungen bei den Wohnbaugenossenschaften steigt. In der WIFO-Konjunkturumfrage sind die Hochbauunternehmen wieder optimistischer. Auch im Renovierungsbau verbessert sich die Auftragslage. Nur der Industriebau ist aufgrund der unsicheren Erwartungen und zurückhaltender Investitionsabsichten schwach.

Die gute Auftragslage im Tiefbau und eine Erholung im Wohn- und Renovierungsbau lassen eine günstige Baukonjunktur erwarten.

Der kräftige Preisauftrieb zu Jahresbeginn war von vier Kostenbereichen bestimmt: vom Wohnungsaufwand, den Energiepreisen, der Anhebung der Tabaksteuer und der Steigerung der Gesundheitskosten. Hingegen waren die Preise industriell-gewerblicher Waren rückläufig. Die Inflationsrate wird heuer 2,5% erreichen, das ist der höchste Wert seit 2001. Eine Prognose für das kommende Jahr ist vor allem aufgrund der hohen Unsicherheit in Bezug auf die Rohstoffpreise mit erheblichen Risiken verbunden. Das WIFO unterstellt eine leichte Entspannung bezüglich der Rohölpreise. Die inländischen Preisdeterminanten dürften die Inflation im kommenden Jahr dämpfen: Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten steigen kaum, eine Erhöhung indirekter Steuern und Gebühren zeichnet sich nicht ab. Damit könnte die Inflationsrate auf knapp 2% sinken.

Preisauftrieb kräftig

Hohe Energiepreise, aber auch hausgemachte Faktoren bestimmen den starken Preisauftrieb. Die Inflationsrate erreicht heuer 2,5% und wird sich 2006 auf knapp 2% verringern.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5
Vollzeitäquivalent	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,6
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	- 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,6
Netto	- 1,3	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,3
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,4
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	+ 1,1	- 0,6	- 0,5	- 3,2	- 2,1	- 1,6
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber den Handelspartnern	- 0,9	- 0,6	+ 1,7	- 0,7	- 1,6	- 2,1
Gegenüber Deutschland	- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,6	- 1,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,2	- 0,2	- 0,2
Real	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,4	± 0,0

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Schwache Lohn- und Gehaltsabschlüsse sowie der kräftige Preisauftrieb schlagen sich heuer in einem Rückgang der Bruttorealeinkommen je Beschäftigten nieder. Aufgrund der Steuerreform dürfte sich netto eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr ergeben. Allerdings sind die durchschnittlichen Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer seit 1995 um fast 3% gesunken. Dies spiegelt niedrige Gehaltsabschlüsse, die Ausweitung der Teilzeitarbeit und die steigende Abgabenbelastung der Arbeitnehmer wider.

2005 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Senkung der Einkommensteuer entlastet, die Konsumnachfrage sollte sich deshalb als Konjunkturstütze erweisen. Bislang ist das aber nicht eingetreten: Die Konsumausgaben waren im I. Quartal real um nur 0,7% höher als im Vorjahr und in saisonbereinigter Rechnung um 0,3% höher als im Vorquartal. Die hohen Preissteigerungsraten dämpften die Konsumententwicklung. Die Inflation sollte sich im Jahresverlauf etwas abschwächen. Zudem dürfte die steuerreformbedingte Ausweitung der verfügbaren Einkommen mit Zeitverzögerung zu höheren Konsumausgaben genutzt werden. Dies

Privater Konsum könnte sich im 2. Halbjahr beleben

hängt jedoch stark von den Verteilungswirkungen und der Konsumentenstimmung ab. Das WIFO erwartet für den Jahresdurchschnitt einen realen Anstieg der Konsumnachfrage um 1½%. Das impliziert eine leichte Zunahme der Sparquote am verfügbaren Einkommen von 8,9% auf 9,3%. Das Wachstum der Konsumnachfrage dürfte sich 2006 kaum beschleunigen. Zwar begünstigt die Verflachung des Verbraucherpreisanstiegs die verfügbaren Einkommen, allerdings fallen die Impulse der Steuerreform schwächer aus. Selbst bei konstanter Sparquote dürften die Konsumausgaben um nur 1¾% zunehmen.

Zu Jahresbeginn dämpfte die hohe Inflation die Konsumnachfrage. Für das 2. Halbjahr wird als Folge der positiven Effekte der Steuerreform eine leichte Verbesserung erwartet.

Die Wertschöpfung des Handels entwickelte sich im I. Quartal enttäuschend, sie war real um nur ½% höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorquartal ergab sich ein merklicher Rückgang. Das schwache Ergebnis des Großhandels spiegelt die Dämpfung der Export- und Investitionskonjunktur wider. Der Kfz-Handel setzte neuerlich weniger um als im Vorjahr. Im Einzelhandel war die Situation etwas günstiger, die Wertschöpfung lag real um 1,8% über dem Vorjahresniveau – bereinigt um den Saisoneffekt des frühen Ostertermins dürfte sie stagniert haben. Nach ersten Informationen könnten die Handelsumsätze im II. Quartal etwas besser ausgefallen sein. Die Aussichten für das gesamte Jahr sind noch sehr vage. Das WIFO geht von einem realen Anstieg der Wertschöpfung um 1½% aus.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,0	- 0,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,1	- 2,4	+ 3,6	+ 4,4	+ 2,2	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	7,6	7,8	8,9	8,9	9,3	9,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 5,0	+ 1,7	+ 2,7
	In %					
Inflationsrate						
National	2,7	1,8	1,3	2,1	2,5	1,9
Harmonisiert	2,3	1,7	1,3	2,0	2,4	1,8
"Kerninflation" ³⁾	2,3	2,0	1,3	1,6	2,0	1,7

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Günstiger als im Handel entwickelt sich die Wertschöpfung anderer privater Dienstleistungsanbieter, etwa im Kredit- und Versicherungswesen oder im Bereich Vermietung. Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen stieg die Wertschöpfung im I. Quartal real um 7%. Hier kam der frühe Ostertermin zum Tragen, den vor allem ausländische Gäste zu einem zusätzlichen Schiurlaub nutzten.

Arbeitslosigkeit steigt trotz kräftigen Beschäftigungswachstums

Die Nachfrage nach Arbeitskräften verstärkte sich neuerlich, die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten war von Jänner bis Mai um 31.000 höher als im Vorjahr. Arbeitsplätze entstehen vor allem im heterogenen Sektor der unternehmensnahen Dienstleistungen, der von der Auslagerung von Dienstleistungen aus der Industrie und dem öffentlichen Sektor profitiert, im Sozialwesen, Handel und im Bereich Verkehr. Hingegen gehen in der Sachgütererzeugung Arbeitsplätze verloren; dies kann nur zum Teil mit Umschichtungen in der Hauptverbandsstatistik erklärt werden.

Trotz der schwachen Konjunktur wird die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten heuer um 0,9% steigen. Vielfach betrifft dies Teilzeitstellen, die überwiegend von Frauen angenommen werden, aber auch die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze und die Beschäftigung der Männer wächst. In den Jahren 2002 und 2003 sank die Zahl der beschäftigten Inländer merklich, nun nimmt sie wieder zu. Die Ausländerbeschäftigung wird sich 2005 und 2006 aber etwa im gleichen Ausmaß erhöhen wie jene der Inländer.

Das Arbeitskräfteangebot erhöht sich von 2000 bis 2006 um 150.000 Personen. Deshalb nimmt trotz kräftigen Anstiegs der Zahl der Beschäftigten auch jene der Arbeitslosen zu.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 25,1	+ 32,0	+ 24,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 21,1	+ 27,5	+ 20,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6
Ausländische Arbeitskräfte	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 9,2	+ 15,5	+ 9,0
Selbständige ³⁾	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 11,9	+ 12,0	+ 11,0
	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,5
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 36,3	+ 42,9	+ 37,7	+ 34,4	+ 1,2	+ 8,6
15- bis 59-Jährige	- 5,2	+ 13,4	+ 21,2	+ 35,6	+ 31,3	+ 38,9
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 28,9	+ 38,5	+ 29,5
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 6,5	+ 5,0
Stand	in 1.000	203,9	232,4	240,1	243,9	250,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,6	4,2	4,3	4,5	4,6	4,6
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,5	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,1	6,9	7,0	7,1	7,2	7,3
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,2	62,5	62,2	62,3	62,8	63,2
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾⁸⁾	-	-	-	67,5	68,0	68,4

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁸⁾ Geänderte Erhebungsmethode.

Die Beschäftigungsquote (aktiv Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d. h. der 15- bis 64-Jährigen) erhöht sich kontinuierlich und erreicht im Jahr 2006 63,2%. Im EU Labour Force Survey wird die Gruppe der Erwerbstätigen viel weiter abgegrenzt, etwa einschließlich der Bezieher von Kinderbetreuungsgeld oder der Mithelfenden in der Landwirtschaft; demnach erreicht die Beschäftigungsquote 68,4% und kommt damit dem Lissabon-Ziel von 70% nahe.

Der rege Zustrom an ausländischen Arbeitskräften ist ein wesentlicher Bestimmungsgrund der Arbeitsmarktentwicklung. Er wird durch die großzügige Saisonierregelung und die schlechte Wirtschaftslage in Italien und Deutschland genährt. Zudem wurde länger im Inland ansässigen Angehörigen ausländischer Arbeitnehmer der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Die Änderungen im Pensionssystem haben einen angebotserhöhenden Effekt, da das effektive Pensionsantrittsalter steigt.

Das Arbeitskräfteangebot war 2004 um 85.000 Personen höher als 2000, bis 2006 wird es neuerlich um 68.000 zunehmen. Das Wirtschaftswachstum bleibt viel zu schwach, um diesen Zustrom zu bewältigen. Die Zahl der aktiv Erwerbstätigen überstieg das Niveau von 2000 im Jahr 2004 um 36.000 und wird bis 2006 weiter um 56.000 wachsen. Dennoch erhöht sich die Arbeitslosigkeit kräftig (2000/2004 +50.000, 2005 und 2006 kumuliert +11.000). Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2006 7,3% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,6% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey erreichen.

Budgetdefizit bei knapp 2% des BIP

Die Konjunkturschwäche belastet die öffentlichen Haushalte über eine Dämpfung der Steuereinnahmen und einen Anstieg der Ausgaben für Arbeitslosigkeit.

Der Bundeshaushalt wird heuer von der Senkung der Körperschaftsteuer sowie der Lohn- und Einkommensteuer geprägt. Diese Maßnahmen belasten den Staatshaushalt mit etwa ¾ des BIP. Von Jänner bis Mai lag das Steueraufkommen über dem Voranschlag, vor allem im Bereich der Gewinnsteuern. Dies spiegelt die gute Gewinnlage der heimischen Unternehmen wider und lässt erwarten, dass der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung unter der Grenze von 2% des BIP gehalten werden kann. Die Staatsausgaben blieben bislang etwas über dem Rahmen des Bundesvoranschlags. Der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und der Teilnehmer an Schulungsmaßnahmen belastet das Budget des AMS, auch der Zinsaufwand lag etwas über den Annahmen.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,2	- 1,9	- 1,9
Laut VGR	+ 0,1	- 0,4	- 1,3	- 1,3	- 2,0	- 2,0
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 3,7	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,9
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,3	3,3	2,3	2,1	2,1	1,8
Sekundärmarktrendite ²⁾	5,1	5,0	4,2	4,2	3,3	3,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	- 0,2	- 0,2
Real	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	- 0,1

Q: WIFO-Konjunkturprognose. – ¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Im Jahr 2006 dürfte das Defizit kaum zurückgehen. Das schwache Wirtschaftswachstum dämpft die Steuer- und Beitragseinnahmen. Ein erheblicher Teil der Kosten der Senkung der Körperschaftsteuer wird erst im kommenden Jahr budgetwirksam. Die Staatsausgaben sind im Bundesvoranschlag sehr restriktiv budgetiert, es bleibt abzuwarten, wieweit diese ambitionierten Vorgaben eingehalten werden können.